

Wasser ist ein öffentliches Gut

Keine Privatisierung der Wasserversorgung

Wasser ist ein Menschenrecht

Wasser ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch braucht Wasser: zum Trinken, Kochen, Waschen – zum Leben. Die öffentliche Versorgung in Deutschland, besonders in München, befriedigt dieses Grundbedürfnis hervorragend. Doch die Privatisierung öffentlicher Leistungen und der Verkauf öffentlichen Eigentums schreiten weltweit voran. Auch die Wasserversorgung bleibt davon nicht verschont: 1989 wurde sie in England und Wales völlig privatisiert, in Berlin 1999 fast zur Hälfte, in Stuttgart 2002 komplett. In Frankreich gibt es schon lange ein Nebeneinander von privaten und öffentlichen Versorgern. Alle Erfahrungen zeigen, dass die Privatisierung der Wasserversorgung von großem Nachteil für die BürgerInnen ist und deshalb in jedem Fall verhindert werden muss.

Warum macht eine Privatisierung der Wasserversorgung keinen Sinn?

Die Wasserversorgung ist ein **natürliches Monopol**:

- ❖ Es rechnet sich nur der Bau **einer** Leitung.
- ❖ Es ist **keine Durchleitung** möglich: Wasser ist nicht immer von gleicher Qualität wie Strom, eine Vermischung von mehreren Versorgern unmöglich.
- ❖ Der Transport bedarf **kurzer Wege**, um Verunreinigungen zu vermeiden.
- ❖ Wasser ist **unverzichtbar**, und die BürgerInnen müssen es vom jeweiligen Anbieter abnehmen.

Deshalb ist ein **echter Wettbewerb** von vornherein **ausgeschlossen**. Es bleibt nur der Versuch, Wettbewerb über die **Ausschreibung** einer Betriebserlaubnis herzustellen. Dies bringt mit sich:

- ❖ **Lange Vertragslaufzeiten**, damit sich überhaupt Konzerne dafür interessieren (England: 25 Jahre);

- ❖ **Kein Wechsel** nach Ablauf der Vertragslaufzeit (wie z.B. in Frankreich);
- ❖ **Korruption** (krassester Fall: Grenoble).

Das Ergebnis der Privatisierung ist daher immer: **dauerhafte private Monopole in einzelnen Regionen und ein landesweites Oligopol**. In Frankreich beherrschen drei Konzerne den Markt, weltweit sind es sogar nur zwei. Und diese nutzen ihr Monopol aus, um **auf Kosten der BürgerInnen ihre Gewinne zu maximieren**.

Was sind die Folgen, wenn dennoch privatisiert wird?

- ❖ **Geschenke für Konzerne:** In England wurde Vermögen im geschätzten Wert von 35 Mrd. £ für 5,23 Mrd. £ verkauft. Zusätzlich erhielten dort die Konzerne beim Start stattliche 14,4 Milliarden £ an Steuererleichterungen, Schuldenerlass und Zuschüssen. In Berlin erhielten sie eine Rendite-Garantie, die erst später per Gericht abgeschwächt wurde, aber noch immer besteht. Zudem erhalten Konzerne oft hohe öffentliche Fördergelder.
- ❖ **Höhere Preise:** In England haben sich die realen Wasserpreise in nur sieben Jahren fast um die Hälfte erhöht. In Berlin muss nach starken Preiserhöhungen 40 % mehr als in München bezahlt werden. In Frankreich schließlich waren bei offiziellen Studien die Preise der privaten Versorger um 27 % höher als die der öffentlichen. Und nachdem dort 2006 in mehreren Gemeinden die Versorgung wieder kommunalisiert wurde, sanken die Preise um 25-40 %.
- ❖ **Sinkende Investitionen:** Die Wasserversorgung ist sehr kapitalintensiv und Investitionen zahlen sich erst nach sehr langer Zeit aus. Grundsätzlich wird der Monopo-

list immer nur das Notwendigste ausgeben. Stattdessen fließt das Geld in **Marketing, Management und Gewinne**. In England mussten deshalb die Konzerne per Gesetz zu Investitionen gezwungen werden.

- ❖ **Verlust von demokratischer Kontrolle, Mitsprache und Transparenz:** Privatisierung erfolgt mit dem ausdrücklichen Ziel, den Einfluss der Öffentlichkeit, z.B. des Stadtrats, zu beschneiden. In Berlin sind die Verträge bis heute unter Verschluss. Selbst die Stadtwerke München GmbH verweigerte 2006 dem Stadtrat die Auskunft darüber, wie viele Zwangssperrungen sie beim Strom vorgenommen hatte – dies sei Geschäftsgeheimnis.
- ❖ **Rücksichtslosigkeit** gegenüber BürgerInnen: In England wurden viele Anschlüsse wegen Zahlungsunfähigkeit gesperrt (1991: 23.670), bis die Regierung 2001 ein gesetzliches Verbot erließ.
- ❖ **Verschlechterung der Wasserqualität** auf höchstens das gesetzliche Mindestmaß durch Einsparungen bei der Wasseraufbereitung. Zugleich **keine Rücksicht auf ökologische Ziele:** In Frankreich setzten die Konzerne vor Gericht durch, nicht für den Gewässerschutz verantwortlich zu sein.
- ❖ **Arbeitsplatzabbau:** In Berlin alleine im Jahr 2001 fast 10 % der Stellen, in München seit der Umwandlung in eine GmbH 1998 fast 20 %. Zugleich werden bei den noch Beschäftigten die **Arbeitsbedingungen schlechter**.
- ❖ **Teure Kontrollen**, die wegen des Monopols immer notwendig sind: In England gibt es dafür drei Behörden. Und: diese Kosten gehören auch zu den Kosten einer privaten Wasserversorgung.
- ❖ **Risiko unkontrollierter Verschuldung und riskanter Geschäfte**, wie wir es gerade mit der Deutschen Bahn AG erleben.

Warum wird trotzdem privatisiert?

1. Die **Kommunen** sind in großer **Finanznot**, die jedoch durch eine falsche Steuerpolitik geschaffen wurde. Um kurzfristig an Geld zu kommen und sich Investitionen zu sparen, verkaufen sie ihre Betriebe – selbst wenn diese gut wirtschaften. Aber: **mittel- und langfristig kommt diese Entwicklung die Kommunen teuer zu stehen**. Sie verlieren ihr Ei-

gentum und müssen es im schlimmsten Fall sogar teurer zurückkaufen – so ist es mit dem Bahnnetz in Großbritannien geschehen.

2. Multinationale **Konzerne** haben ein Interesse an Privatisierung, weil sie damit **Gewinne** machen können. Beispiel Thames Water (RWE) in England: Vielmals wurde die Firma wegen Verstößen bei der Wasserreinheit bestraft. Das Netz ist weiterhin in marodem Zustand. Dennoch stiegen die Preise kräftig, und Thames Water konnte 2005 Gewinn von 346,5 Mio. £ abführen, eine stolze Rendite von 9 %. 2006 verkaufte RWE Thames Water, nach eigenen Angaben mit einem Gesamtgewinn in dreistelliger Millionenhöhe – auf Kosten der BürgerInnen. Für einen multinationalen Konzern ist der Kauf oft nur Teil einer größeren **Strategie** (Marktzutritt, Konkurrenz ausschalten, Weltmarktführung).

3. Die Rolle des **GATS**: GATS steht für „General Agree-ment on Trade in Services“ („Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“). Es ist Teil der Welthandelsorganisation (WTO). Sein Ziel ist ein „stetig zunehmender Grad der **Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen**“. Dafür sollen öffentliche Förderungen und Vorschriften abgeschafft werden, die aus Sicht des GATS den Handel zu sehr behindern.

Auf der **allgemeinen ersten Stufe** des GATS müssen alle ausländischen Anbieter unter sich gleich behandelt werden („Meistbegünstigung“). Aktuelle und künftige Verhandlungen zu „Innerstaatlicher Regelung“ (z.B. Qualitätsvorschriften) und „Subventionen“ könnten gravierende Bedeutung für die Wasserversorgung haben. Auf einer **zweiten Stufe** werden **spezifische** Bereiche ausgehandelt, in denen *alle* Anbieter gleich behandelt („Inländerbehandlung“) und der „freie Marktzugang“ ermöglicht werden müssen. Das bedeutet, dass es z.B. keine Monopole, Sonderrechte und Beteiligungsgrenzen geben darf. Zwar bekennt sich das Abkommen zum Schutz von Dienstleistungen, die „in Ausübung hoheitlicher Gewalt“ erbracht werden. Darunter versteht das Abkommen allerdings nur solche, die „weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb ... erbracht“ werden. Die **Stadtwerke München GmbH** arbeitet kommerziell (weil gewinnorientiert) und steht – mit ihrer Stromsparte – voll im Wettbewerb.

Die Geltung aller GATS-Regeln würde für die Wasserversorgung bedeuten: **Abbau der öffentlichen Förderungen, Sonderrechte und Monopole sowie der Qualitätsvorschriften.** Zugleich würde eine **Dynamik hin zur völligen Privatisierung** mit allen negativen Folgen verstärkt.

4. Die **EU-Kommission**, die für Europa das GATS verhandelt, will die Wasserversorgung außerhalb und innerhalb Europas liberalisieren – die zwei weltgrößten Wasserkonzerne sind aus der EU. Der **europäische Gerichtshof** entschied, dass Kommunen eine Konzession europaweit ausschreiben müssen, wenn sie nicht einen rein öffentlichen Versorger beauftragen. Und das **EU-Parlament** will sogar alle öffentlichen Versorger dem Wettbewerb aussetzen, sofern sie nicht nur örtlichen Bezug haben. Damit sind besonders die Versorger bedroht, die nicht als Eigenbetrieb geführt werden. Die **deutsche Regierung**, vor allem das Wirtschaftsministerium, stützt diesen Liberalisierungskurs häufig. So wird die kommunale Selbstverwaltung beseitigt und der Einfall privater Wasserkonzerne vorangetrieben.

Und München?

Münchens Stadtwerke sind schon formal privatisiert (als GmbH), wenn auch noch zu 100 % in öffentlichem Eigentum. SPD, Grüne und OB Ude geben an, daran nichts ändern zu wollen. Aber: auch München hat Finanzprobleme. Und die **CSU** hat auf ihrem Parteitag 2006 beschlossen, „nicht nur städtische Tochterfirmen wie die **Stadtwerke für private Investoren zu öffnen**, sondern diesen sogar die **unternehmerische Führung zu übertragen.**“ (SZ) Zwar erklärte sie damals, die Wasserversorgung ausnehmen zu wollen; dazu müsste diese aber aus der GmbH ausgegliedert werden.

Häufig werden **Teil-Privatisierungen** damit gerechtfertigt, dass das öffentliche Interesse durch einen Mehrheitsanteil ausreichend gewährleistet sei. Die Wirklichkeit ist anders: Erstens haben sich Teilprivatisierungen meist als Schritt auf dem **Weg zur völligen Privatisierung** erwiesen. Zweitens führt auch eine Teilprivatisierung schon zu **vielen negativen Folgen**, wie das Beispiel Berlin beweist. Zum Teil gilt dies sogar bei der bloßen **Rechtsformprivatisierung** wie in München.

Deshalb: keine Privatisierung

Wir fordern:

1. Die **Trinkwasserversorgung muss komplett in öffentlicher Hand** bleiben und deshalb aus der SWM GmbH ausgegliedert und wieder zum **Eigenbetrieb** umgewandelt werden.
2. EU-Kommission und Bundesregierung sollen sich dafür einsetzen, dass die Wasserversorgung (und andere öffentliche Dienste) **vom GATS ausgenommen** werden und auch sonst kein Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck ausgeübt wird.

Nur so ist in Zukunft die gute, soziale und ökologische öffentliche Trinkwasserversorgung gesichert.

Weitere Infos unter:

www.attac-muenchen.de/ak_wasser
www.wasserallianz-muenchen.de
www.wasser-in-buergerhand.de

V.i.S.d.P. Markus Henn c/o AK Wasser, attac München, Schwanthalerstr. 80, 80336 München; **Februar 2007.**